

Wochenbericht

Prognosen aus dem Internet: Weitere Erholung am Arbeitsmarkt erwartet

Seite **402**

Nach dem dramatischen Einbruch der Wirtschaft sank im Mai völlig überraschend die Arbeitslosigkeit. Alle bisherigen Prognose-Modelle versagten. Aber bei Google liegen ungenutzte Datenschätze, die nur gehoben werden müssen. Auf Basis einer Analyse der Suchanfragen zu den Themen Arbeitsagentur, Jobsuche und Kurzarbeit gelingt eine brauchbare Vorhersage der Arbeitslosigkeit für einen Monat voraus.

Von Nikos Askitas und Klaus F. Zimmermann

„Bei Google liegen Datenschätze – auch für die Wissenschaft“

Seite **403**

Acht Fragen an Klaus F. Zimmermann

Vollzeitbeschäftigte wollen kürzere, Teilzeitbeschäftigte längere Arbeitszeiten

Seite **409**

Der deutliche Anstieg der Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren war getragen von der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen. Allerdings sank ihre durchschnittliche Wochenarbeitszeit, weil sie häufig in Teilzeit beschäftigt werden. Vor allem in Ostdeutschland wollen Frauen länger arbeiten. Erwerbstätige, die mehr als 40 Stunden pro Woche arbeiten, würden dagegen gern weniger arbeiten.

Von Elke Holst

DIW-Konjunkturbarometer Juni 2009

Seite **419**

In Wachstum investieren – unabhängig von der Staatsquote

Seite **420**

Kommentar von Tilman Brück

Prognosen aus dem Internet: Weitere Erholung am Arbeitsmarkt erwartet

Nikos Askitas
askitas@iza.org

Klaus F. Zimmermann
president@diw.de

Überraschend ist im Mai die Arbeitslosigkeit gefallen. Diese positive Entwicklung wird sich im Juni zunächst fortsetzen. Diese Einschätzung basiert auf einem neuen methodischen Konzept, das Google-Aktivitätsdaten für die kurzfristige Prognose der Arbeitslosigkeit einsetzt. Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten sind frühzeitige Prognosen gefragt: Traditionelle Verfahren geben dies mangels rechtzeitig verfügbarer Primärdaten und angesichts rascher struktureller Veränderungen allerdings nicht her. Kurzfristige Politikmaßnahmen verändern darüber hinaus die Datengrundlage. „Weiche“ Daten, wie sie das Internet liefert, können in dieser Situation einen Ausweg bieten. Die Erfahrungen im bisherigen Verlauf der Wirtschaftskrise belegen – angesichts schwieriger Rahmenbedingungen – eine insgesamt gute Performance des vorgeschlagenen Konzepts.

In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise haben sich Prognosen als besonders schwierig erwiesen.¹ Dies ist ein weltweites Phänomen. In immer kürzerer Folge kam es zu Prognoserevisionen, die letztlich in einem Herdenverhalten der Prognostiker endete – ein typisches Zeichen für mangelnde Informationen im Markt. Dies hatte zunächst mit der Geschwindigkeit zu tun, mit der sich in der globalisierten Welt die negativen Impulse, die aus einem Zusammenspiel einer zyklischen Abschwächung der Weltkonjunktur und dramatischer Krisensignale aus den Finanzmärkten entstanden, über die ganze Welt verbreiteten und insbesondere das Investitionsklima eintrübten. Mit dieser Geschwindigkeit war die traditionelle Konjunkturforschung und die amtliche Statistik überfordert, da sich die Anpassungsprozesse in Tagen oder Wochen vollzogen, und nicht wie sonst üblich in Monaten oder Quartalen.

Deshalb wurde noch mehr als sonst auf „weiche“ Indikatorsysteme wie Stimmungsumfragen und Handelsindizes zurückgegriffen. Auch wenn sie wenig über die weitere Zukunft sagen können, so geben sie doch in normalen Zeiten ein robustes Bild über die Lage, in der sich die Wirtschaft befindet.² Aber auch weiche Indikatoren lagen in der jetzigen Krise nicht immer rechtzeitig vor. Ferner bilden die vorhandenen Analysesysteme die realwirtschaftlichen Einfallstore der Finanzmärkte nur unzureichend ab. Schließlich ist es die Wirtschaftspolitik selbst, die über Maßnahmenpakete

¹ Schon zu normalen Zeiten sind Prognosen für das Folgejahr wenig treffsicher, wenn sie früh im Jahr gemacht werden, vgl. Kholodilin, K. A., Siliverstovs, B.: Geben Konjunkturprognosen eine gute Orientierung? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 13/2009. Außerdem gibt es in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise besondere Prognoseprobleme. Auch können Stimmungen die Realität beeinflussen und Prognosen deshalb Krisen verstärken. Vgl. Zimmermann, K. F.: Schadensbegrenzung oder Kapriolen wie im Finanzsektor? Wirtschaftsdienst 12, 2008, 18–20; Zimmermann, K. F.: Prognosekrise: Warum weniger manchmal mehr ist. Wirtschaftsdienst 2, 2009, 86–90.

² Brenke, K., Dreger, C., Kooths, S., Kuzin, V., Weber, S., Zinsmeister, F.: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2009/2010. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 1-2/2009.

Acht Fragen an Klaus F. Zimmermann

„Bei Google liegen Datenschätze – auch für die Wissenschaft“



Prof. Dr.
Klaus F. Zimmermann,
Präsident des DIW Berlin

Herr Professor Zimmermann, Sie haben die Arbeitsmarktlage mit Hilfe des Internets untersucht. Wie kann man sich das vorstellen?

Menschen nutzen das Internet, wenn sie Jobs suchen oder etwas zur Arbeitsmarktsituation wissen wollen. Diese Aktivität wird von Google gemessen. Die Daten können in bestimmter Form aufbereitet und für wissenschaftliche Zwecke zugänglich gemacht werden.

Welcher Art sind denn die Internet-Abfragen?

Wir wollen wissen, inwieweit die Arbeitslosigkeit mit Abfragen von Informationen bei der Agentur für Arbeit oder bei Internet-Job-Börsen zusammenhängt. Das lässt sich häufig nicht mit einem Begriff alleine erfassen, dazu braucht man eine Gruppe von Begriffen. So erfährt man, wie intensiv der Verkehr in diesen Bereichen ist.

Wie zuverlässig sind die Daten aus dem Internet?

Die Zuverlässigkeit haben wir geprüft. In unserem Zusammenhang war die Frage, ob diese Abfragen in irgendeiner Weise mit der Arbeitslosigkeit korrelieren. Zu unserer Überraschung haben wir festgestellt, dass man mit wenigen Variablen-Gruppen die Entwicklung der Arbeitslosigkeit mit hoher Präzision erfassen kann.

Wie ist es denn um die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bestellt?

Bis zum Ende letzten Jahres ging die Arbeitslosigkeit noch regelmäßig zurück. Im Dezember kam es wieder zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, der aber insbesondere im Februar durch Kurzarbeit der Unternehmen gestört wurde. Zu aller Überraschung ist die Arbeitslosigkeit im Mai zurückgegangen. All diese Faktoren haben sich in unserer Untersuchung wiedergefunden und wir sind in der Lage, diese Entwicklung zu prognostizieren. Letztlich geht es darum, einen Monat früher zu sagen, wohin die Entwicklung geht. Wenn also der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, jetzt verkündet, wie in diesem Monat die Arbeitslosigkeit gewesen

ist, dann können wir schon sagen, was er vier Wochen später sagen wird. Wir haben gerade von ihm gehört, dass im Mai die Entwicklung überraschend positiv war. Wir wissen jetzt schon, dass sich auch im Juni die Erholung am Arbeitsmarkt fortsetzen wird, auch wenn Herr Weise es noch nicht gesagt hat.

Handelt es sich dabei um eine dauerhafte Erholung des Arbeitsmarktes?

Was wir jetzt gesehen haben, ist nur eine Frühjahrserholung, die sich etwas verspätet abzeichnet, weil der Winter etwas härter war. Das kann im Juli schon wieder vorbei sein.

Könnten die traditionellen Verfahren in Zukunft durch neue internetbasierte Methoden ersetzt werden?

Das kann ich mir durchaus vorstellen. Sicherlich wird es weiter den Bedarf geben, auch Umfragen zu machen. Im Internet weiß man bisher noch nicht, wo die Abfragen herkommen. Aber auch das ließe sich auf Dauer ändern, wenn Google uns einen etwas differenzierteren Einblick

in seine Datenschätze liefern würde.

Wo hat die Internetmethode Vorteile und wo die traditionellen Verfahren?

Die Internetmethode hat da Vorteile, wo man kurzfristig wissen will, was los ist. Wenn man aber wissen will, warum etwas passiert, und wenn man es langfristiger voraussagen will, dann braucht man Verhaltensmodelle. Bisher sind wir noch nicht soweit, das auch mit Google-Daten durchführen zu können.

Wird sich die Arbeit des DIW durch diese Methode in Zukunft verändern?

Wir sind neugierig und offen, was neue Verfahren betrifft. Wir haben ja schon in der Vergangenheit die Probleme mit Prognosen thematisiert und gesagt, dass wir auch unsere Methoden anpassen müssen. So sehen wir das als eine Option an, mittelfristig das Instrumentarium zu erweitern.

Internetbasierte
Prognosen haben
» Vorteile, wenn «
man kurzfristig
wissen will, was
los ist.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige Inter-
view zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de

zur Konjunkturstabilisierung und definitorische Änderungen bedeutender Zielgrößen das Prognosegeschäft erschwert.

Entspannung auf dem Arbeitsmarkt?

Die Arbeitsmarktlage hat sich in letzter Zeit erstaunlich entwickelt. Angetrieben durch die Arbeitsmarktreformen und eine boomende Weltwirtschaft wurden in Deutschland insbesondere für Problemgruppen (ältere, ungelernte oder ausländische Arbeitnehmer sowie Langzeitarbeitslose) viele gute Jobs geschaffen. Verbunden damit fiel die nicht saisonbereinigte Arbeitslosenquote bis zum November 2008 und stieg erst im Dezember leicht an,³ obwohl die Rezession bereits im zweiten Quartal des vergangenen Jahres einsetzte. Zwar stieg die Arbeitslosenquote bis zum März/April 2009 auf 8,6 Prozent, sie lag aber angesichts des gleichzeitig massiv eingebrochenen Wirtschaftswachstum nur moderat über den Vorjahreswerten (8,4 beziehungsweise 8,1 Prozent).⁴

Im Mai fiel die Arbeitslosenquote dann für viele überraschend auf 8,2 Prozent, das heißt um fast einen halben Prozentpunkt. Die Frage kann gestellt werden, ob sich dieser unerwartete Lichtblick in den nächsten Monaten weiter fortsetzt. Denn im Wesentlichen ist dies auf eine verzögerte Frühjahrsbelegung zurückzuführen, die im März und April wegen des schlechten Wetters ausgeblieben war. Aufgrund dieser Belegung benötigen saisonabhängige Branchen wie das Gastgewerbe und der Bau wieder mehr Personal als im Winter. Ohne die vermehrte Inanspruchnahme von Kurzarbeit wäre das Resultat aber wohl auch nicht erreichbar gewesen. Rechnet man den aktuellen Kurzarbeiterbestand um, waren zuletzt etwa 360 000 Vollzeitbeschäftigte rechnerisch von Arbeitslosigkeit verschont worden. Eine geringfügige Rolle spielte auch eine Änderung der Arbeitslosenstatistik, da im Mai zum ersten Mal Arbeitssuchende, die von einem privaten Vermittler betreut werden, nicht mehr berücksichtigt werden. Dies waren zunächst 20 000 Personen.

Neuregelung der Kurzarbeit zeigt Wirkung

Die Ausweitung der Kurzarbeit gehört zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung. Die Bezugsfrist für das Kurzarbeitergeld wurde zu-

nächst zum 1. Januar 2009 von 6 auf 18 Monate und zum 5. Juni 2009 auf maximal 24 Monate verlängert, wenn der Anspruch bis zum 31. Dezember 2009 entsteht. Die Neuregelung konnte auch für bereits laufende Kurzarbeit geltend gemacht werden. Damit verbunden ist eine Halbierung des Beitragssatzes zur Sozialversicherung und eine vollständige Streichung der Beiträge, wenn die Kurzarbeit mit einer Qualifizierung verbunden wird. Die Bundesregierung hat ferner ein Gesetzesvorhaben eingeleitet, das den Unternehmen anbietet, ab dem siebten Monat die Sozialversicherungsbeiträge voll von der Bundesagentur für Arbeit übernehmen zu lassen. Damit soll Planungssicherheit gegeben werden, das Personal bis Ende 2010 halten zu können. Dies wird als Schutzschirm für Arbeitsplätze verstanden. Die Bundesagentur hatte bereits gegen Ende letzten Jahres in einer Informationskampagne für Kurzarbeit geworben. Aus der Wissenschaft wurde das Konzept früh gefordert, dann öffentlich unterstützt, aber auch seine zeitliche Begrenzung angemahnt.⁵

Von der Wirtschaftskrise sind zunächst vor allem die exportorientierten Investitionsgüterindustrien betroffen. Bei ihren zu normalen Zeiten international sehr wettbewerbsfähigen Firmen besteht keine große Neigung, ihre hoch qualifizierten Fachkräfte zu entlassen. Sie würden im Aufschwung angesichts eines globalen Fachkräftemangels nicht einfach wieder eingestellt werden können. Die Unternehmen sind deshalb derzeit auch über die Aktivität von Bundesregierung und Arbeitsagentur hinaus in besonderer Weise bereit, Kurzarbeit als Instrument anzunehmen.

Jede Analyse der Arbeitslosigkeit kommt deshalb an einer Berücksichtigung der Entwicklung der Kurzarbeit nicht vorbei. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Anmeldungen von Kurzarbeit durch die Firmen bei der Bundesagentur für Arbeit und den Bestand an Arbeitnehmern in Kurzarbeit seit Oktober 2007. Es wird deutlich, dass der Bestand bis einschließlich November 2008 unter 200 000 blieb, danach aber bis zum

³ Hier werden grundsätzlich nicht saisonbereinigte Daten verwendet, weil die Google-Internetaktivitätsdaten nicht saisonbereinigt sind und Saisonbereinigungen in Zeiten rascher Veränderungen für sich genommen Probleme verursachen können.

⁴ Das reale Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Prozent zurückgegangen.

⁵ Voraussetzung war, dass es sich um eine temporäre Ausweitung handelt, die nach der Beendigung der Wirtschaftskrise wieder auf sechs Monate zurückgeführt wird. Die zeitweise Verlängerung der Kurzarbeit in Verbindung mit Weiterbildungsmaßnahmen wurde vom IZA und dem DIW Berlin unterstützt, vgl. Zimmermann, K. F.: Weiterbildung in der Krise. IZA Compact, Dezember 2008, 12; Zimmermann, K. F.: Weiterbildung in der Krise. Kommentar im Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 51-52/2008. Eichhorst und Marx diskutieren die Entwicklung der Kurzarbeit in Deutschland und stellen ihre Vorzüge heraus. Sie weisen aber auch darauf hin, dass ein zu lange gewährtes Kurzarbeitergeld strukturelle Anpassungsnotwendigkeiten unnötig hinauszögern könnten und raten deshalb von einer Ausweitung auf 24 Monate ab, vgl. Eichhorst, W., Marx, P.: Kurzarbeit: Sinnvoller Konjunkturpuffer oder verlängertes Arbeitslosengeld? IZA Standpunkte Nr. 5, April 2009.

März 2009 auf über 1,2 Millionen anstieg. Dies ist die kombinierte Folge der Wirtschaftskrise und der forcierten Erleichterung der Kurzarbeit sowie ihrer Bewerbung durch die Bundesagentur für Arbeit.⁶ Die Anmeldungen von Kurzarbeit liefen dieser Entwicklung zunächst voraus, mit einem Zwischenhoch im Dezember 2008 und einem vorläufigen Maximum im Februar 2009. Seither ist die Entwicklung rückläufig und die Arbeitsmarktlage entspannt sich aus der Sicht dieses Indikators.

Google Econometrics als Basis für einen neuen Arbeitsmarktindikator

Internetdaten liefern eine interessante, bisher praktisch wissenschaftlich ungenutzte Datengrundlage.⁷ Sie sind rasch und umfangreich verfügbar und reagieren flexibel auf Änderungen der Rahmenbedingungen. Ein ökonometrisches Konzept zeigt, wie diese Daten für Prognosezwecke genutzt werden können.⁸ Die gegenwärtige komplexe Konjunkturlage liefert einen idealen und anspruchsvollen Testrahmen für diesen Ansatz. Er erscheint aussichtsreich, da nach dem IZA-Evaluationsdatensatz über 86 Prozent der Arbeitslosen auch das Internet für ihre Jobsuche nutzen.⁹ Fast jeder Arbeitsuchende hinterlässt also Spuren im Internet.

So überrascht es nicht, dass die in Abbildung 2 dargestellten wöchentlichen Internetzugriffe auf das Stichwort „Kurzarbeit“ mit den Meldungen von Kurzarbeit durch die Firmen hoch korrelieren. Die Internetzugriffe bieten allerdings wegen der kürzer gemessenen Zeitfrequenz und ihrer unmittelbaren Verfügbarkeit direkt nach Ende des Untersuchungszeitraums entscheidende Vorteile. Offensichtlich ist das öffentliche Interesse im Verlauf des Dezembers zunächst zurückgegangen und stieg erst im neuen Jahr auf ein hohes

⁶ Obwohl ein Mittel zur Bindung von Fachkräften, wird Kurzarbeit nicht dauerhaft beibehalten, wenn die Produktion auf längere Zeit auf niedrigem Niveau bleibt. Kurzarbeit ist auch unter den neuen Rahmenbedingungen nicht kostenlos. Dies kann in mittlerer Sicht in Entlassungen enden.

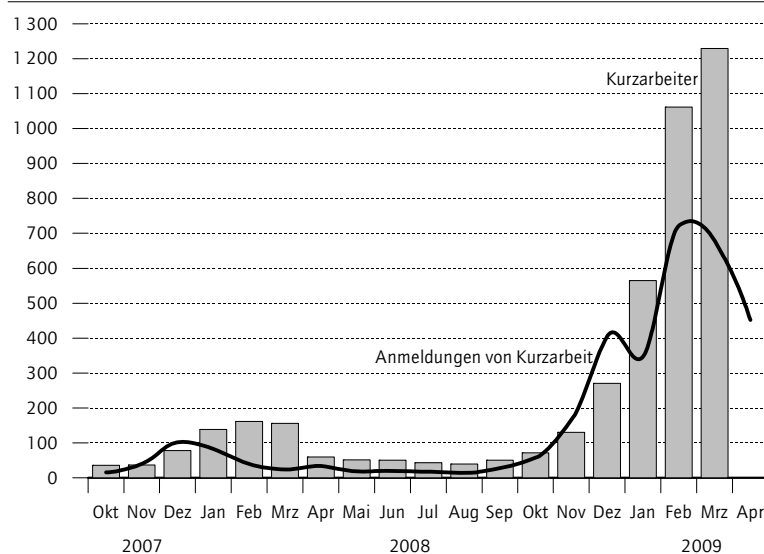
⁷ Diese Datenquelle wurde bereits im Zusammenhang mit den amerikanischen Präsidentschaftswahlen beziehungsweise mit Grippeepidemien ausgewertet, vgl. Constant, A., Zimmermann, K. F.: Im Angesicht der Krise: US-Präsidentschaftswahlen in transnationaler Sicht. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 44/2008; Ginsberg, J., Mohebbi, M. H., Patel, R. S., Brammer, L., Smolinski, M. S., Brilliant, L.: Detecting Influenza Epidemics using Search Engine Query Data. Nature 457, 2009, 1012–1014.

⁸ Askatas, N., Zimmermann, K. F.: Google Econometrics and Unemployment Forecasting. Applied Economics Quarterly, 55, 2009, 107–120.

⁹ Das ist mehr als bei jeder Alternative. Mögliche (nicht ausschließende) Alternativen sind unter anderem Freunde und Familie (84 Prozent), Zeitungsanzeigen (83 Prozent) und Arbeitsagentur (70 Prozent). Die Arbeitsagentur ermöglicht ihren Kunden den Zugang zum Internet bei sich, vgl. Caliendo, M., Falk, A., Kaiser, L. C., Schneider, H., Uhlendorff, A., Van den Berg, G., Zimmermann, K. F.: The IZA-Evaluation Dataset. IZA-Bonn, mimeo 2009.

Abbildung 1

Anmeldungen von Kurzarbeit und Bestand an Kurzarbeitern In 1 000 Personen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Plateau, das im Februar und März anhielt. Seither geht auch dieser Indikator zurück.

Die Internet-basierte Indikatormethode verwendet die Google-Zugriffsstatistik von Internetnutzern nach Schlüsselworten und ihre Validierung mittels ökonometrischer Verfahren, bei denen die Google-Daten auf die Zielvariable, hier die amtliche monatliche (nicht saisonbereinigte Arbeitslosenquote) regressiert wird.¹⁰ Zunächst wählt man aus der Liste potenziell relevanter Prognose-determinanten mittels statistischer Verfahren die optimale ökonometrische Spezifikation und die nützlichen Prognosevariablen (oder Schlüsselworte).

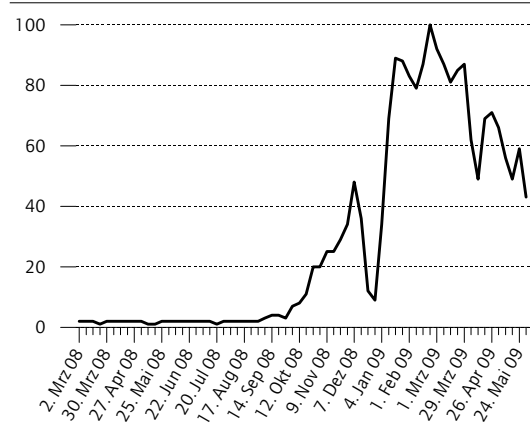
Die Arbeitslosenquote eines Monats wird in der Regel an seinem Ende verkündet. Es zeigt sich, dass sie am besten mit der Google-Internetaktivität der zweiten Hälfte des Vormonats korreliert. Dies lässt sich auch durch die Verwaltungsabläufe in der Bundesagentur für Arbeit belegen, die einen verzögerten Informationstransfer von der Entstehung bis zur Messung von Arbeitslosigkeit implizieren. Die zusammengefassten Wochen-

¹⁰ Dabei werden sogenannte Fehler-Korrekturmodelle eingesetzt, vgl. Engle, R. F., Granger, C. W. J.: Co-Integration and Error Correction: Representation, Estimation, and Testing. Econometrica 55, 1987, 251–276. Bei diesem Standardansatz wird hier die jährliche Veränderung der Arbeitslosenquote auf ihre 12. Verzögerung regressiert und bei jedem Regressor sind seine jährliche Veränderung und seine 12. Verzögerung berücksichtigt. Für die Variablenauswahl wurde das BIC-Informationskriterium verwendet. Die ausgewählten Modelle sind statistisch gut und ökonomisch plausibel.

Abbildung 2

Internetzugriffe zum Stichwort „Kurzarbeit“

Anzahl pro Woche

Quellen: Google Insights;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

daten der zweiten Monatshälfte für die Regressoren werden deshalb als Prädiktoren für die Arbeitslosenquote der Folgeperiode eingesetzt. Für die Indikatorbildung heißt dies aber, dass man zum Zeitpunkt der amtlichen Verkündung einer Arbeitslosenzahl auf Basis dieses Verfahrens bereits eine Prognose für den Folgemonat abgeben kann. Der Informationsvorsprung beträgt also einen Monat.

In der vorliegenden Untersuchung werden drei alternative Indikatormodelle zur Prognose der

Arbeitslosenquote unter Benutzung diverser Schlüsselwörter verwendet:

Variante 1: Arbeitsamt, Arbeitsplatzsuche,

Variante 2: Arbeitsamt, Arbeitsplatzsuche, Kurzarbeit und

Variante 3: Arbeitsplatzsuche, Kurzarbeit.¹¹

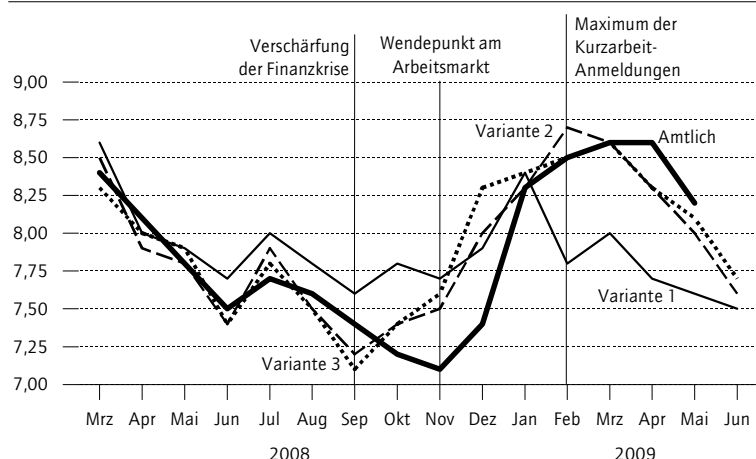
Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit lässt sich mit nur wenigen Variablen sparsam und statistisch sehr zufriedenstellend erfassen. Die Internetaktivität bezüglich dieser Schlüsselwörter aus der zweiten Monatshälfte wird mit den Monatsangaben der Bundesagentur für Arbeit am Ende des Folgemonats für den abgelaufenen Monat verknüpft. Das Google-Datenmaterial ist seit Januar 2004 verfügbar.

In Abbildung 3 sind zunächst die Modell-Ergebnisse für alle drei Varianten auf Basis des gesamten Schätzzeitraums (Januar 2004 bis Mai 2009) und die dazugehörigen amtlichen Realisationen für die Krisenmonate seit März 2008 dargestellt. Der letzte Wert (Juni 2009) erfasst die Prognosen der Modelle für den laufenden, noch nicht abgeschlossenen Monat. Es wird deutlich, dass *ex post* für den gesamten Zeitraum betrachtet Variante 1, die ohne das Stichwort „Kurzarbeit“ auskommt, die Arbeitsmarkterholung bis zum Wendepunkt im November unterschätzt und die Verschärfung danach ab dem massiven Einsatz von Kurzarbeit im Februar nicht mehr richtig erfasst.¹² Dagegen verhalten sich die beiden anderen Varianten recht ähnlich und simulieren den faktischen Kurvenverlauf ganz gut. Bereits nach dem Beginn der Finanzkrise im September 2008 deuten alle Indikatoren auf eine Anspannung am Arbeitsmarkt hin und ab April 2009 deuten sie eine Arbeitsmarkterholung an, die sich auch im Juni fortsetzen sollte.

Abbildung 3

Amtliche Arbeitslosenquoten und Modell-Ergebnisse

In Prozent



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Google Insights; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Die Qualität kurzfristiger Prognosen

Die bisherige Analyse hat anhand der Schätzungen auf Basis der Daten des gesamten Untersuchungszeitraums gezeigt, dass es ohne eine adäquate Berücksichtigung der Kurzarbeit unmöglich ist, die aktuelle Entwicklung prognostisch in den Griff zu bekommen. Allerdings hat diese Betrachtung die Entwicklung bisher nur

¹¹ Die genaue Abgrenzung der Schlüsselwörter ist: „Arbeitsamt“ = (Arbeitsamt oder Arbeitsagentur); „Arbeitsplatzsuche“ = (Stepstone oder Jobworld oder Jobscout oder Meinestadt oder meine Stadt oder Monster Jobs oder Monster de oder Jobboerse); „Kurzarbeit“ = (Kurzarbeit).

¹² In einer verkürzten Periode, in der Kurzarbeit kaum eine Rolle spielte, hatte sich dieses Modell noch als sehr geeignet erwiesen.

ex post modelliert. Dies ist aus der laufenden Prognosearbeit gesehen ein recht künstlicher Ansatz. Angemessen ist es dagegen, gleitend Ein-Monats-Prognosen mit dem Kenntnisstand der jeweiligen Vorperiode vorzunehmen. Dabei wird für den Zeitraum März 2008 bis Juni 2009 monatlich eine Prognose durchgeführt und mit der tatsächlichen Arbeitslosenquote verglichen.

Dadurch ändert sich die Einschätzung der Varianten deutlich. Variante 1, die sich nur auf das Suchverhalten zum Thema Arbeitsamt und verfügbare Jobs stützt, verhält sich deutlich erfolgreicher (Abbildung 4). Zwar bleibt eine gewisse Überschätzung der Arbeitslosigkeit, aber der zeitliche Verlauf wird bis einschließlich Januar 2009 sehr gut abgebildet. Erst danach versagt der Indikator mit dem drastischen Anstieg der Kurzarbeit. Bis einschließlich Januar wären die beiden anderen Varianten, die die Internet-Aktivität zur Kurzarbeit berücksichtigen, keine Alternative gewesen. Im Februar 2009 versagen gar alle Varianten, hier hätte man auch bei Variante 1 bleiben können.

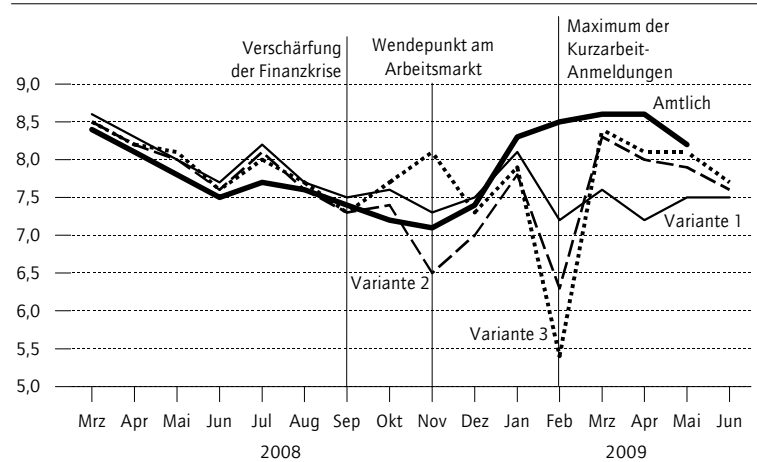
Wie bereits dargestellt ist Februar 2009 der Monat, in dem der größte Anstieg der Kurzarbeit zu verzeichnen war. Von März bis Mai übernehmen die Varianten 2 und 3 dann eine Führungsrolle und zeigen eine gute Performance, da sie Informationen zur Kurzarbeit benutzen. Im Juni ist die Prognose aller Varianten wieder sehr ähnlich und möglicherweise kommt nach einer Anpassungsphase die Dominanz von Variante 1 zurück. Jedenfalls sprechen alle Varianten für eine zunächst weitere Erholung am Arbeitsmarkt.

Man kann trotz der schwierigen Rahmenbedingungen der Meinung sein, dass diese Indikatoren nicht überzeugen. Dies muss allerdings gegen Alternativen abgewogen werden. Dazu wurde der Ifo-Beschäftigungsindikator herangezogen, der in der wirtschaftspolitischen Debatte eine erhebliche Rolle spielt. Das Ifo-Beschäftigungsbarometer stützt sich auf die monatlichen Meldungen von 7 000 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes sowie des Groß- und Einzelhandels. Dabei geben die Firmen an, ob ihre Beschäftigtenzahl in den nächsten Monaten zu- oder abnimmt oder gleich bleiben wird. Zur besseren Darstellung wird die Differenz zwischen Zunahmen und Abnahmen saldiert und auf den Durchschnitt des Jahres 2000 normiert. Die Angaben sind saisonbereinigt.

Abbildung 5 enthält den Ifo-Beschäftigungsindikator für den Zeitraum von März 2008 bis Mai

Abbildung 4

Amtliche Arbeitslosenquoten und Prognose-Ergebnisse In Prozent



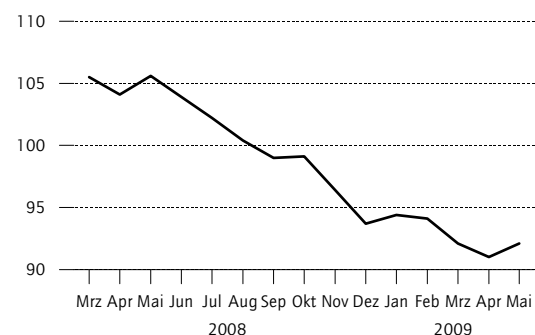
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Google Insights; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Abbildung 5

Ifo-Beschäftigungsbarometer

Index 2000 = 100



Quelle: Ifo.

DIW Berlin 2009

2009. Zunächst fällt auf, dass die Kurve schon seit längerem sinkt – tatsächlich schon vor dem März 2008, ganz im Gegensatz zur über lange Zeit fallenden Arbeitslosigkeit. Der Arbeitsplatzabbau war danach schon sehr lange vorgesehen, ohne dass sich dies in der Arbeitslosenquote widerspiegelt hätte. Auch sollte festgehalten werden, dass der langfristig geplante Arbeitsplatzabbau in keiner direkten Verbindung zu der erst im September eskalierenden Finanzmarktkrise steht. Zwischen Oktober und Dezember kommt es zwar zu einem starken Rückgang, dieser passt jedoch in die langfristige Entwicklung der Reihe. Aktuell erscheint der geplante Jobabbau begrenzt, steht aber nicht Recht im Einklang mit der beobachteten Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt. Insgesamt ist die Kor-

JEL Classification:
C22, C82, E17, E24, E37

Keywords:
Google,
Internet,
Keyword search,
Search engine,
Unemployment,
Predictions,
Forecast evaluation

relation zwischen dem Beschäftigungsindikator und der Arbeitslosenquote eher bescheiden.

Fazit

Die im Mai beobachtete verzögerte Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt wird sich im Juni fortsetzen. Dies jedenfalls legen ökonometrische Modelle nahe, die Internetdaten über Arbeitsmarktzugriffe in innovativer Weise mit

der Prognose der amtlichen Arbeitslosenquote verbinden. Die Vorzüge der Internetdaten sind ihre rasche Verfügbarkeit und ihre Anpassungs- und Prognosefähigkeit auch unter schwierigen Rahmenbedingungen. Das zeigt die vorliegende Studie für die verschiedenen Phasen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise: Es sind Wendepunkte der Entwicklung der Arbeitslosigkeit vor dem Hintergrund der Ausweitung der Kurzarbeit zu modellieren und prognostizieren. Dies gelingt in zufriedenstellender Weise.

Vollzeitbeschäftigte wollen kürzere, Teilzeitbeschäftigte längere Arbeitszeiten

Die durchschnittlichen Arbeitszeiten haben sich für Frauen und Männer seit der deutschen Vereinigung unterschiedlich entwickelt. Dies hat verschiedene Ursachen: Frauen sind immer häufiger erwerbstätig, Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung wird immer häufiger ausgeübt und die Bedeutung der Vollzeittätigkeit hat abgenommen. Dadurch erklärt sich im Wesentlichen der Rückgang ihrer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 1993 bis 2007 um 2,3 auf 31,9 Stunden. Auch bei den Männern ging die Vollzeitbeschäftigung relativ und absolut zurück – im Unterschied zu ihrer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit: Nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) lag sie 2007 mit 43,3 Wochenstunden um 0,8 Stunden höher als 1993.

Insgesamt haben sich die Arbeitszeiten der abhängig beschäftigten Frauen und Männer in West- und Ostdeutschland angenähert, jedoch nicht die Arbeitszeitwünsche der Frauen. Diese liegen in Ostdeutschland nach wie vor deutlich über jenen in Westdeutschland. Am stärksten treten die Unterschiede bei den teilzeitbeschäftigten Frauen hervor. In Ostdeutschland wird diese Beschäftigungsform aus Sicht der Betroffenen oft auf einem zu niedrigen Niveau ausgeübt. Lange Arbeitszeiten von über 40 Wochenstunden sind in beiden Teilen Deutschlands nicht sehr beliebt – auch nicht bei den Männern, von denen gut die Hälfte so lange arbeitet, obwohl nur 17 Prozent dies wünschen.

Diese Studie untersucht die Entwicklung der Arbeitszeitwünsche und -realitäten von abhängig beschäftigten Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland zwischen 1993 und 2007.¹ Das Statistische Bundesamt verzeichnet für diesen Zeitraum je zwei Phasen der „Eintrübung“ und der „Aufhellung“ am Arbeitsmarkt. Abweichend von den bekannten Konjunkturphasen werden hier die Zeiten des Anstiegs der Erwerbslosenzahlen von 1993 bis 1997 und von 2001 bis 2005 als Eintrübungsphasen bezeichnet, während sie von 1998 bis 2000 und 2006 und 2007 sanken und deshalb Aufhellungsphasen am Arbeitsmarkt sind. In beiden Phasen sind Personen aus der Stillen Reserve auf dem Arbeitsmarkt aktiv geworden.² Trotz der langen Eintrübungsphasen nahm die Beschäftigung insgesamt von 1993 bis 2007 zu.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen stieg in dieser Zeit um gut zwei Millionen. Die Zahl der erwerbstätigen Männer ging hingegen um rund 600 000 zurück (Tabelle 1). In der ersten Eintrübungsphase stieg die Erwerbstätigenquote bei den Frauen um 0,3 Prozentpunkte auf 55,2 Prozent. Bei den Männern ging sie um 3,1 Prozentpunkte auf 71,9 Prozent zurück. Auch in der zweiten Eintrübungsphase des Arbeitsmarktes stieg die Erwerbstätigenquote der Frauen um 0,7 Prozentpunkte auf 59,5 Prozent, während der Vergleichswert bei den Männern erneut rückläufig war – um 1,5 Prozentpunkte auf 71,2 Prozent. Zu berücksichtigen ist, dass es sich bei dieser Betrachtung um reine Pro-Kopf-Ergebnisse handelt.

¹ Der Bericht schließt an frühere Ergebnisse des DIW Berlin zu diesem Thema an, vgl. Holst, E.: Arbeitszeitwünsche von Frauen und Männern liegen näher beieinander als tatsächliche Arbeitszeiten. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 14–15/2007.

² Die Stille Reserve umfasst Nichterwerbstätige, die in der amtlichen Statistik nicht erfasst sind, aber erwerbstätig werden wollen und in der Lage sind, spätestens bei Hochkonjunktur am Arbeitsmarkt eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Zur Stillen Reserve vgl. Holst, E.: Die Stille Reserve am Arbeitsmarkt. Größe – Zusammensetzung – Verhalten. Berlin 2000.

Elke Holst
eholst@diw.de

Tabelle 1

Erwerbstätige¹ und Erwerbstätigenquote

	Erwerbstätigenquote			Erwerbstätige		
	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt
	In Prozent			In 1 000 Personen		
1993	54,9	75,0	65,1	14 959	21 111	36 070
1994	55,0	74,0	64,6	14 970	20 796	35 765
1995	55,1	73,9	64,6	14 983	20 744	35 727
1996	55,4	72,7	64,2	15 145	20 490	35 634
1997	55,2	71,9	63,7	15 117	20 322	35 439
1998	55,5	71,8	63,8	15 220	20 278	35 498
1999	56,9	72,4	64,8	15 605	20 421	36 026
2000	57,7	72,8	65,4	15 793	20 439	36 232
2001	58,8	72,7	65,8	16 040	20 376	36 415
2002	58,8	71,9	65,4	16 045	20 073	36 118
2003	58,8	70,9	64,9	16 014	19 720	35 734
2004	58,4	70,1	64,3	15 812	19 397	35 209
2005	59,5	71,2	65,4	16 241	19 806	36 047
2006	61,4	72,7	67,1	16 661	20 141	36 801
2007	63,1	74,5	68,9	17 046	20 522	37 568

¹ Im Alter von 15 bis 64 Jahren. Phasen der Eintrübung auf dem Arbeitsmarkt sind grau hinterlegt.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistik des Mikrozensus.

DIW Berlin 2009

Unter Berücksichtigung des Erwerbsumfangs wird deutlich, dass der Anstieg der Frauen-erwerbstätigkeit mit einer erheblichen Zunahme zeitreduzierter Erwerbsarbeit einherging. Der Anteil aller Teilzeitkräfte und geringfügig Tätigen stieg von 15 auf 26,3 Prozent.³ Die Teil-

³ Vgl. Statistisches Bundesamt: Statistik des Mikrozensus. Wiesbaden 2008.

Tabelle 2

Teilzeitquote¹ nach dem Geschlecht

	Teilzeitquote		Abhängig Beschäftigte insgesamt	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
	In Prozent		In 1 000 Personen	
1993	32,2	2,3	13 852	18 870
1994	33,3	2,8	13 827	18 473
1995	33,9	3,1	13 835	18 395
1996	33,6	3,4	14 054	18 134
1997	35,4	3,9	14 016	17 900
1998	36,4	4,3	14 067	17 811
1999	37,8	4,6	14 517	17 980
2000	38,3	4,8	14 669	17 969
2001	39,6	5,2	14 834	17 910
2002	40,2	5,5	14 853	17 615
2003	41,4	6,0	14 818	17 225
2004	42,1	6,2	14 559	16 846
2005	44,3	7,4	14 885	17 181
2006	46,0	8,8	15 310	17 520
2007	46,2	8,9	15 680	17 927

¹ Im Alter von 15 bis 64 Jahren. Phasen der Eintrübung auf dem Arbeitsmarkt sind grau hinterlegt.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistik des Mikrozensus.

DIW Berlin 2009

zeitquote der Frauen lag 2007 bei 46,2 Prozent und damit mehr als fünf Mal so hoch wie die der Männer (Tabelle 2). Die Vollzeitbeschäftigung nahm gegenüber 1993 nicht nur relativ, sondern auch absolut ab und zwar sowohl bei Frauen als auch bei Männern.⁴

Inwieweit entsprechen nun die veränderten Arbeitszeitrealitäten auch den Wünschen der Beschäftigten?

Tatsächliche Arbeitszeit von Frauen hat abgenommen

Der Anstieg der Teilzeitarbeit und die Abnahme der Vollzeittätigkeit spiegeln sich bei den Frauen im Rückgang der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit (Abbildung 1). Insgesamt hat im Beobachtungszeitraum ihre *vereinbarte* Wochenarbeitszeit sowie ihre *tatsächliche* Arbeitszeit um rund zwei Stunden abgenommen. Erstere erreichte mit 30,1 Stunden zuletzt nahezu das Niveau der *gewünschten* Wochenarbeitszeiten (30,3 Stunden). Die tatsächliche Arbeitszeit wurde auf Basis des SOEP für das Jahr 2007 mit 31,9 Stunden ermittelt.

Bei den Männern liegen die Arbeitszeiten deutlich höher als bei den Frauen. Sie haben sich zwischen 1993 und 2007 kaum verändert. Gewünschte und vereinbarte Arbeitszeiten lagen meist eng beieinander, die tatsächliche Arbeitszeit lag allerdings weit darüber. Die vereinbarte Arbeitszeit betrug bei den Männern im gesamten Beobachtungszeitraum rund 38 Wochenstunden. Im Jahr 2007 lagen die Arbeitszeitwünsche bei 39,1 Stunden (1993: 38,3 Stunden). Nur die tatsächliche Wochenarbeitszeit nahm in den letzten Jahren etwas stärker zu, 2007 erreichte sie 43,3 Stunden (1993: 42,5 Stunden).

Die tatsächlichen Arbeitszeiten haben sich bei Männern im Zuge der Erholung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland nur in der letzten Aufhellungsphase leicht erhöht. Bei den Frauen ist dieser Effekt nicht erkennbar, was auf die stärkere Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zurückgeht.

Zieht man von den durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeiten der Männer jene der Frauen

⁴ Andere Berechnungen, etwa der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, quantifizieren einen Rückgang um rund 900 000 Personen in „normaler“ Vollzeiterwerbstätigkeit (ohne Leiharbeit) im Zeitraum von 2003 bis 2008. Im gleichen Zeitraum stieg nach ihren Berechnungen die Zahl der Personen in Ein-Euro-Jobs um 300 000 und der in Mini-Jobs um 500 000, und 1,2 Millionen weitere Personen gingen einer sonstigen Teilzeitarbeit nach. Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Krise unterschätzt – Massives Konjunkturprogramm erforderlich. Sondermemorandum. Bremen 2008, www.memo.uni-bremen.de/docs/sondermemorandum2008.pdf.

ab, erhält man den „Gender Gap“, also die Kluft zwischen den Geschlechtern bei den jeweils betrachteten Arbeitszeitgrößen (Abbildung 2).

Im Beobachtungszeitraum hat der Gender Gap bei den Arbeitszeiten zugenommen. Am stärksten fiel der Anstieg bei der tatsächlichen Arbeitszeit (plus 3,1 Stunden) und der vereinbarten Arbeitszeit (plus 2,6 Stunden) aus, am geringsten bei der gewünschten Wochenarbeitszeit (plus 0,5 Stunden). Offenbar ist es in Phasen der Belebung des Arbeitsmarktes zur Vergrößerung des Gender Gaps bei den tatsächlichen und vereinbarten Arbeitszeiten gekommen. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass in diesen Phasen mehr Frauen eine (Teilzeit-)Beschäftigung aufgenommen haben.

Wunscharbeitszeiten von vollzeitbeschäftigten Frauen in Ost und West gestiegen

Die größten Unterschiede in den Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünschen zwischen West- und Ostdeutschland bestehen bei den Frauen. Im Beobachtungszeitraum zeigen sich bei den Vollzeitbeschäftigten zwar ähnliche Entwicklungen – diese finden allerdings in Ostdeutschland auf höherem Stundenniveau statt (Abbildung 3).

Zum Ende des Beobachtungszeitraums haben sich vereinbarte und gewünschte Wochenarbeitszeit zwischen beiden Teilen Deutschlands angenähert. In Westdeutschland stieg die durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit von vollzeitbeschäftigten Frauen zwischen 1993 und 2007 um 0,4 Stunden auf 38,9 Wochenstunden, in Ostdeutschland nahm sie um 0,6 Stunden auf 39,3 Wochenstunden ab. Interessant ist, dass von den vollzeitbeschäftigten Frauen in Westdeutschland eine deutlich höhere Wochenarbeitszeit gewünscht wird als noch 1993. Sie gaben 2007 an, 36,8 Wochenstunden beruflich tätig sein zu wollen (plus 2,4 Stunden). Frauen in Ostdeutschland wollten 2007 37,4 Wochenstunden (plus 1,2 Stunden) arbeiten. Dabei stieg die tatsächliche Arbeitszeit bei den vollzeitbeschäftigten Frauen im Beobachtungszeitraum an. Dies war in Westdeutschland in größerem Umfang zu beobachten (plus 1,4 auf 42 Stunden) als in Ostdeutschland (plus 0,9 Stunden auf 43,3 Stunden).

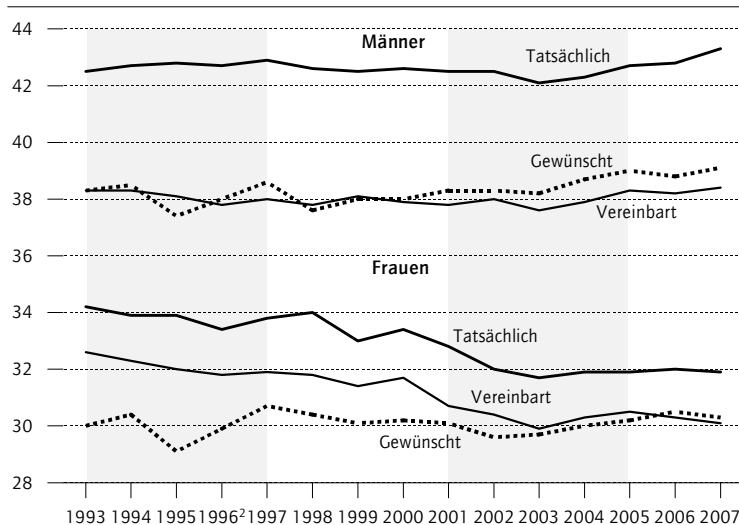
Vollzeitbeschäftigte Männer in Ost und West wollen kürzere Arbeitszeiten

Kurz nach der Wiedervereinigung lag die tatsächliche Wochenarbeitszeit bei vollzeiterwerbstätigen Männern in Ost- und Westdeutschland deutlich

Abbildung 1

Vereinbarte, tatsächliche und gewünschte Wochenarbeitszeit¹ von Frauen und Männern

In Stunden

¹ Nur abhängig Beschäftigte.² Interpoliert.

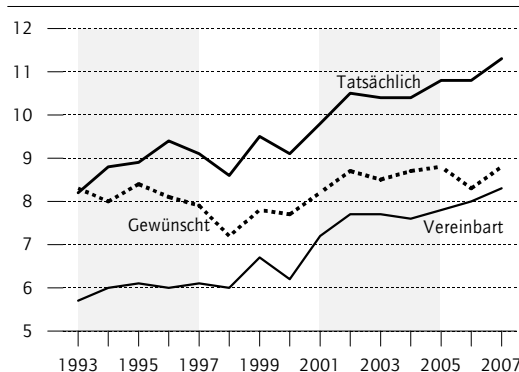
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Abbildung 2

„Gender Gap“ vereinbarter, tatsächlicher und gewünschter Wochenarbeitszeit¹

In Stunden

¹ Nur abhängig Beschäftigte.² Interpoliert.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

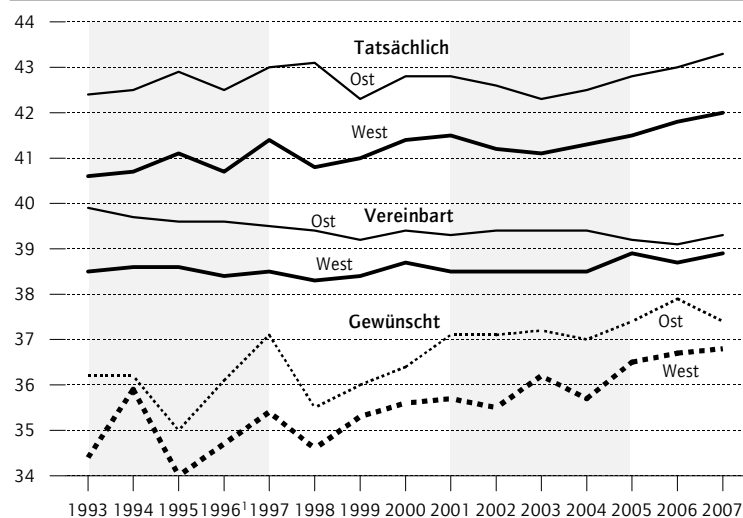
DIW Berlin 2009

stärker auseinander als seit Ende der 90er Jahre (Abbildung 4). Im Jahr 2007 erfolgte eine erneute Anpassung und zwar in Westdeutschland auf das höhere Arbeitszeitniveau Ostdeutschlands: Seit 1993 stieg die tatsächliche Arbeitszeit der vollzeitbeschäftigten Männer im Westen um 2,6 Stunden. In Ostdeutschland erreichte sie mit 45,5 Wochenstunden im Jahr 2007 wieder das Ausgangsniveau von 1993. Die vereinbarte und die gewünschte Wochenarbeitszeit haben sich

Abbildung 3

Vereinbarte, tatsächliche und gewünschte Wochenarbeitszeit von Frauen in Vollzeitbeschäftigung

In Stunden



1 Interpoliert.

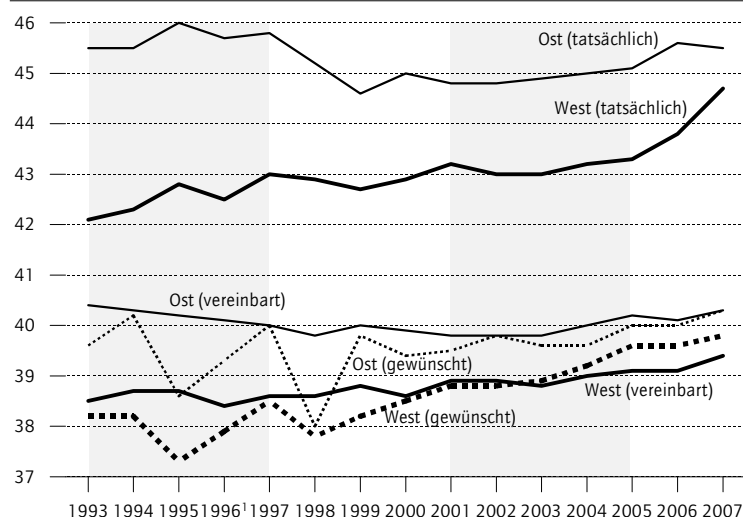
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Abbildung 4

Vereinbarte, tatsächliche und gewünschte Wochenarbeitszeit von Männern in Vollzeitbeschäftigung

In Stunden



1 Interpoliert.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

bei den Männern stark angenähert. Die tatsächliche Arbeitszeit liegt aber auch bei ihnen deutlich darüber.

Ausgeprägte Veränderungen der Arbeitszeitgrößen im Rahmen der konjunkturellen Entwicklung sind unter den vollzeiterwerbstätigen Frauen und Männern insgesamt – bis auf die tatsächli-

che Wochenarbeitszeit in den Jahren 2006 und 2007 – kaum zu erkennen.

Im Vergleich zu allen Beschäftigten ist der Gender Gap bei den gewünschten und den realisierten Arbeitszeiten unter den Vollzeiterwerbstätigen gering (Abbildung 5). In Westdeutschland nahm er bei der tatsächlichen Arbeitszeit leicht zu, was vor allem am Anstieg der Zahl der Wochenstunden bei Männern im letzten Aufschwung lag. Während der Gender Gap bei der tatsächlichen Arbeitszeit zuletzt abnahm, stieg er bei der gewünschten Arbeitszeit.

Im Osten nichts Neues: Teilzeitbeschäftigte Frauen wollen wesentlich länger arbeiten

Im Unterschied zu Männern sind Frauen häufig in reduzierten Erwerbsformen tätig. In beiden Teilen Deutschlands bestehen allerdings nach wie vor erhebliche Unterschiede in der Erwerbsorientierung teilzeitbeschäftigter Frauen (Abbildung 6). Dies zeigt sich deutlich im höheren durchschnittlichen Stundenniveau aller drei untersuchten Arbeitszeitgrößen. Besonders groß ist der Unterschied bei der gewünschten Arbeitszeit. Die große Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit zieht sich bei Frauen in Ostdeutschland durch die letzten zehn Jahre – ein Hinweis auf eine anhaltende Unzufriedenheit der ostdeutschen Frauen mit dem ausgeübten Teilzeitumfang. Auch in Westdeutschland hat der Wunsch nach längeren Arbeitszeiten teilzeiterwerbstätiger Frauen zugenommen. Der Wert übersteigt aber den der tatsächlich ausgeübten Wochenarbeitszeit nicht so deutlich, sodass hier von einer größeren Zufriedenheit mit dem Erwerbsumfang ausgegangen werden kann.

40-Stunden-Woche bei ostdeutschen Frauen am beliebtesten

Auch in der detaillierten Betrachtung der tatsächlichen und der gewünschten Wochenarbeitszeiten stechen die großen Unterschiede zwischen den Frauen in West- und Ostdeutschland hervor. Es wird deutlich, dass abhängig beschäftigte Frauen in Ostdeutschland im wesentlichen Vollzeit oder nahezu Vollzeit tätig sein wollen (Abbildung 7). Frauen in Westdeutschland präferieren hingegen eine vergleichsweise breite Arbeitszeitskala – auch im Teilzeitbereich. 35 Prozent der Frauen in Ostdeutschland wünschen sich einen Erwerbsumfang von 40 Stunden pro Woche, nur 19 Prozent konnten allerdings diesen Wunsch auch umsetzen. In Westdeutschland wünschen sich hingegen 16 Prozent 40 Wochenstunden, und ein ähnlich

hoher Anteil (14 Prozent) übt sie auch aus. Von ostdeutschen Frauen werden am zweithäufigsten 30 bis 34 Wochenstunden als Wunscharbeitszeit angegeben (25 Prozent). Auch in Westdeutschland ist dieser Erwerbsumfang sehr beliebt (17 Prozent), genauso wie eine Wochenarbeitszeit von 20 bis 24 Stunden (18 Prozent). Jedoch wird erstere nur von neun Prozent auch tatsächlich umgesetzt (20–24 Wochenstunden: 14 Prozent). Bei den Frauen im Westen unterscheiden sich in diesem Wochenarbeitszeitbereich Wunsch und Wirklichkeit am deutlichsten. Gemeinsam ist den Frauen in beiden Teilen Deutschlands, dass Arbeitszeiten über 40 Stunden kaum gewünscht werden. Sie wird jedoch im Osten häufiger als im Westen ausgeübt.

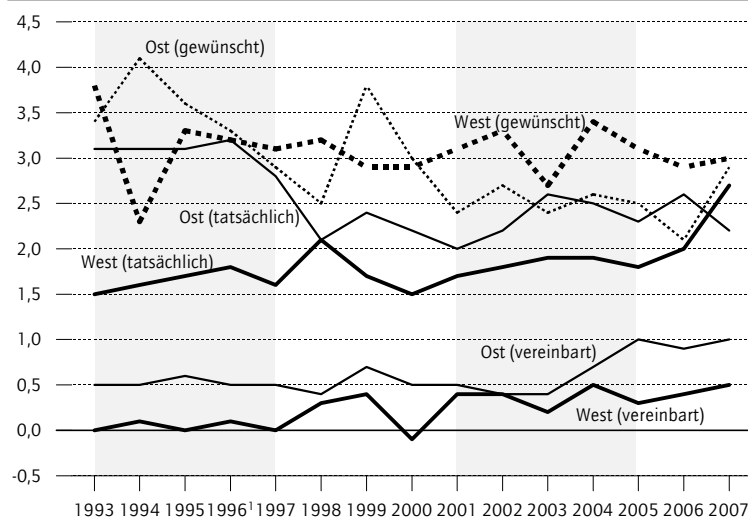
Die Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche sind bei den Männern wesentlich ähnlicher (Abbildung 8). Präferiert wird die 40 Stundenwoche und zwar von 39 Prozent der westdeutschen und knapp 56 Prozent der ostdeutschen Männer. Tatsächlich arbeiten aber erheblich weniger in diesem Umfang (West 22 Prozent, Ost 26 Prozent). Höhere Arbeitszeiten werden auch bei den Männern wesentlich weniger gewünscht als ausgeübt: Beispielsweise sind knapp 15 Prozent der westdeutschen und knapp 13 Prozent der ostdeutschen Männer 45 Stunden pro Woche tätig, dies möchten aber nur sechs beziehungsweise fünf Prozent. Noch deutlicher sind die Unterschiede zwischen Wunscharbeitszeit und tatsächlicher Arbeitszeit mit jeweils über zehn Prozentpunkten bei den ganz langen Wochenarbeitszeiten von 49 und mehr Stunden, die von 23 Prozent der beschäftigten Männer in Westdeutschland und von 29 Prozent in Ostdeutschland ausgeübt werden. Einen Erwerbsumfang von 35 Wochenstunden wünschen sich zwölf Prozent der westdeutschen und neun Prozent der ostdeutschen Männer, ausgeübt werden sie aber nur von einem verschwindend geringen Prozentsatz – zwei Prozent auf westdeutscher und ein Prozent auf ostdeutscher Seite. Unter 35 Wochenstunden arbeiten nur wenige Männer in beiden Landesteilen (acht Prozent), was auch weitgehend ihren Arbeitszeitwünschen entspricht (West elf Prozent, Ost neun Prozent).

Hält man nach möglichen „Umverteilungspotentialen“ Ausschau, zeigt diese Analyse, dass sie vor allem im Abbau hoher Arbeitszeiten liegen – insbesondere bei Männern, aber auch bei Frauen. Allerdings handelt es sich hierbei nur um rein rechnerische Potentiale, bei der keine Abstimmung bezüglich der Qualifikation und in detaillierter regionaler Hinsicht vorgenommen wurde. Gezeigt werden kann jedoch, dass es sinnvoll ist, hier weitere Untersuchungen anzustrengen, wenn ein besserer Abgleich zwischen Wunsch

Abbildung 5

„Gender Gap“ vereinbarter, tatsächlicher und gewünschter Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten

In Stunden



1 Interpoliert.

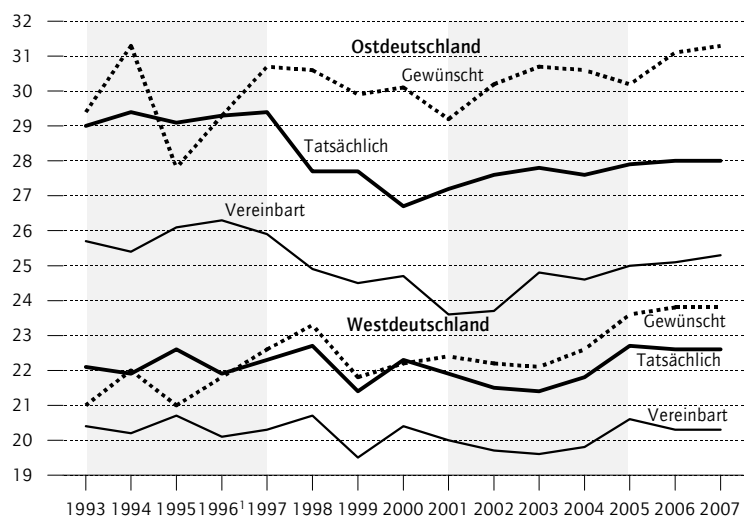
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Abbildung 6

Vereinbarte, tatsächliche und gewünschte Wochenarbeitszeit von Frauen in Teilzeitbeschäftigung

In Stunden



1 Interpoliert.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

und Wirklichkeit unter den Beschäftigten und eine bessere Integration Erwerbsloser in den Arbeitsmarkt erreicht werden soll.

Im Vergleich zu früheren Studien lässt sich feststellen, dass sich seit 2005 bei der Verteilung der tatsächlichen und der gewünschten Arbeitszeiten

Datenbasis und Definitionen

Datenbasis für die Untersuchungen ist das vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung in Deutschland erhobene Sozio-oekonomische Panel (SOEP)¹. Die repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte in Deutschland liefert seit 1984 für Westdeutschland und seit 1990 für Ostdeutschland zahlreiche Informationen über objektive Lebensbedingungen und subjektive Einstellungen.

Die Ergebnisse zu den einzelnen Arbeitszeitgrößen basieren auf folgenden Fragen im SOEP:

- **Vereinbarte Wochenarbeitszeit:** „Wie viele Wochenstunden beträgt Ihre vereinbarte Arbeitszeit ohne Überstunden?“
- **Tatsächliche Arbeitszeit:** „Und wie viel beträgt im Durchschnitt Ihre tatsächliche Arbeitszeit pro Woche einschließlich eventueller Überstunden?“

¹ Vgl. Wagner, G.G. et al.: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). In: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, Jg. 2, Nr. 4, 2008, 301–328.

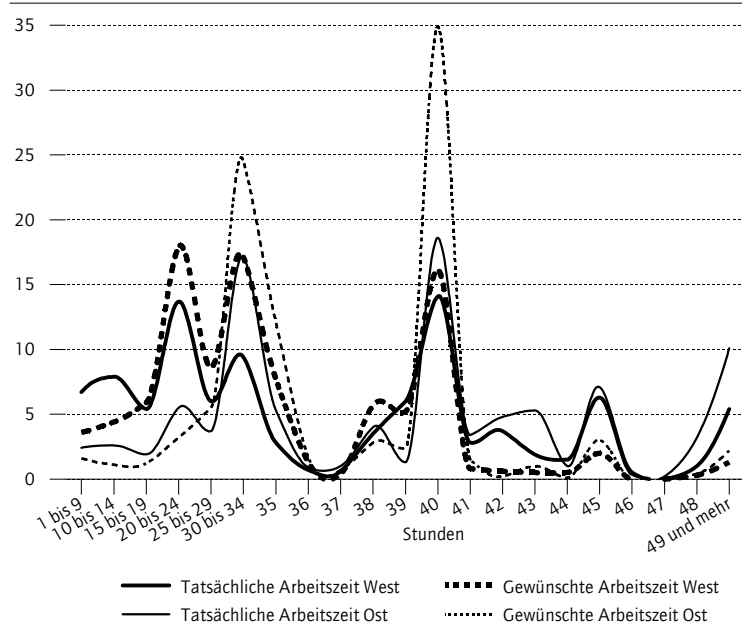
- **Gewünschte Arbeitszeit:** Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, dass sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?

Aufgrund der für Frauen und Männer unterschiedlichen Situation am Arbeitsmarkt wird die Untersuchung nach Geschlechtern getrennt durchgeführt. Um auch regionale Unterschiede in den Erwerbsorientierungen aufdecken zu können, wird ebenfalls berücksichtigt, ob die Beschäftigten in West- oder Ostdeutschland leben. Weiterhin wird untersucht, welche Unterschiede innerhalb der Gruppe der Vollzeitbeschäftigten und welche innerhalb der Gruppe der teilzeiterwerbstätigen Frauen bestehen. Bei den angegebenen Arbeitszeitgrößen handelt es sich um Durchschnittswerte. Unter Vollzeitbeschäftigten werden Personen mit einer vereinbarten Arbeitszeit von mindestens 35 Wochenstunden verstanden, unter Teilzeiterwerbstätigen jene mit einer vereinbarten Arbeitszeit von bis zu 34 Wochenstunden. Untersucht werden abhängig Beschäftigte, das heißt Angestellte, Arbeiter, Arbeiterinnen, Beamte und Beamtinnen (ohne Auszubildende).

Abbildung 7

Tatsächliche und gewünschte Wochenarbeitszeit¹ von Frauen nach Stunden

In Prozent



¹ Nur abhängig Beschäftigte.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

auf die einzelnen Wochenstunden nichts gravierend geändert hat.⁵ In der Tendenz werden – insbesondere von Männern – etwas häufiger Arbeitszeiten im Bereich zwischen 35 und 38 Stunden nachgefragt und etwas weniger im Bereich von 40 Stunden. Sehr lange Arbeitszeiten von 49 und mehr Stunden sind zudem etwas weniger üblich und gefragt.

Fazit

Konjunkturelle Auswirkungen auf die Arbeitszeit zeigten sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt vor allem in den wachstumsstarken Jahren, insbesondere 2007, in denen die tatsächliche Arbeitszeit bei den Männern anstieg. Von 1993 bis 2007 nahm die Erwerbstätigkeit von Frauen in Westdeutschland stark zu.⁶ Vor allem Mütter sind immer häufiger teilzeit- oder geringfügig

⁵ Holst, E.: Arbeitszeitwünsche ..., a.a.O.

⁶ Die Nichterwerbstätigkeit ist weder für Frauen in West- noch in Ostdeutschland heutzutage eine Alternative. Vgl. Holst, E., Schupp, J.: Situation und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt. In: Statistisches Bundesamt: Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS), Zentrum für Sozialindikatorenforschung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.): Datenreport 2008. Bonn 2008, 122–128.

beschäftigt und nutzen diese Beschäftigungsformen, um Familie und Beruf zu vereinbaren.⁷ Durch die Zunahme reduzierter Erwerbszeiten erklärt sich im Wesentlichen der Rückgang der durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten bei den Frauen. Die Vollzeittätigkeit hat sowohl relativ wie absolut abgenommen – und dies hat bei den Frauen ebenfalls zum Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit beigetragen. Zwar ging auch bei den Männern die Vollzeiterwerbstätigkeit im Beobachtungszeitraum relativ und absolut zurück – die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aber nicht. Bei den Männern scheint auf den Rückgang der Vollzeitjobs also weniger mit der Ausübung reduzierter Erwerbsformen reagiert worden zu sein als eher mit einem Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit. Der Gender Gap nahm bei den tatsächlichen und vereinbarten Arbeitszeiten zu. Bei der gewünschten Arbeitszeit hingegen verblieb der Gender Gap – bei schwankendem Verlauf – nahezu auf dem Ausgangsniveau des Jahres 1993.

Wunsch und Wirklichkeit der Wochenarbeitszeiten liegen bei den Frauen in Westdeutschland am engsten zusammen und bei den Frauen in Ostdeutschland am deutlichsten auseinander. In Ostdeutschland besteht bei den Frauen noch immer ein großer (unerfüllter) Wunsch, die Wochenarbeitszeit auf Vollzeit- oder sehr hohem Teilzeitniveau ausüben zu können.

Unabhängig von Geschlecht und Region möchten nur vergleichsweise wenige Personen überlange Arbeitszeiten leisten. Auch vor diesem Hintergrund wird die Beliebtheit von 40 Wochenstunden verständlich: Sie wird etwa doppelt so häufig gewünscht wie tatsächlich ausgeübt. Eine Ausnahme stellen die Frauen in Westdeutschland dar, bei denen Wunsch und Wirklichkeit weitgehend übereinstimmen.

Der Gender Gap bei den verschiedenen Arbeitszeitgrößen ist unter den Vollzeitbeschäftigten am geringsten. Grundsätzlich würden sich Frauen und Männer weniger deutlich in ihren Wochenarbeitszeiten unterscheiden, wenn die tatsächlichen Wochenarbeitszeiten den vereinbarten entsprächen.

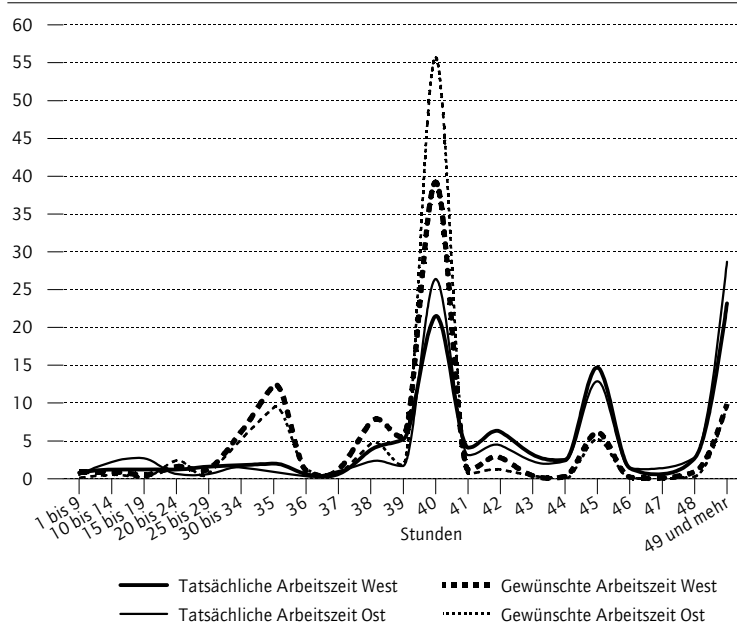
Insgesamt haben sich die Arbeitszeitgrößen zwischen beiden Teilen Deutschlands angenähert. Die Anpassung erfolgte durch eine Erhöhung der

⁷ Trotz steigender Erwerbsbeteiligung von Frauen liegt die Verantwortung für Haus- und Familienarbeit nach wie vor bei den Frauen. Die Ausübung von Hausarbeit hat generell nachhaltige negative Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt – für Frauen aber auch für Männer. Vgl. Anger, S., Kottwitz, A.: Mehr Hausarbeit, weniger Verdienst. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 6/2009.

Abbildung 8

Tatsächliche und gewünschte Wochenarbeitszeit¹ von Männern nach Stunden

In Prozent

¹ Nur abhängig Beschäftigte.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Wochenstunden (und der Frauen-Erwerbstätigkeit) im Westen sowie durch eine Reduzierung der Wochenstunden im Osten. Während bei den Männern derzeit kaum mehr Unterschiede vorhanden sind, haben Frauen in Ostdeutschland auch fast zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung noch immer eine wesentlich höhere Erwerbsorientierung.

Ungleichheiten ergeben sich vor allem bei den sehr langen Arbeitszeiten. Im Jahr 2007 waren zum Beispiel 51 Prozent der Männer über 40 Wochenstunden tätig, aber nur 17 Prozent wünschten dies. Bei den Frauen waren die Unterschiede weniger gravierend, aber ebenfalls vorhanden. Rein rechnerisch könnten sich hier Umverteilungspotentiale zugunsten von bislang Teilzeitbeschäftigten und/oder auch Personen ohne Erwerbsarbeit ergeben. Voraussetzung hierfür wäre eine Überwindung der regionalen und qualifikatorischen Unterschiede von Angebot und Nachfrage. Im Fall einer Realisierung bestehender Potentiale könnten Wunsch und Wirklichkeit Erwerbstätiger bei den Arbeitszeiten näher zusammenrücken und auch Erwerbslose höhere Chancen auf Arbeitsmarktintegration haben. Diese Überlegungen dürften insbesondere für künftige Phasen der Arbeitsmarkteintrübung von Bedeutung sein.

JEL Classification:
J16, J21, J22Keywords:
Working time,
Working time preferences,
Gender gap,
East-/West Germany

DIW Berlin | Einladung Berlin Lunchtime Meeting mit BM Olaf Scholz | 24. Juni

DIW Berlin, IZA Bonn, OECD Berlin Centre,
The Anglo-German Foundation Berlin/London,
CEPR London laden ein zum
Berlin Lunchtime Meeting

Referenten:

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Klaus F. Zimmermann, Direktor IZA, Präsident DIW Berlin

Martin Kahanec, Stv. Direktor Forschung, IZA

Moderation:

Thomas Hanke, Handelsblatt – Ressortleiter Meinung und Analyse

**Zwischenbilanz der Arbeitsmigration aus den neuen EU-Staaten
und Perspektiven für Deutschland**

Mittwoch, 24. Juni 2009, 12 bis 14 Uhr

DIW Berlin, Mohrenstr. 58, 10117 Berlin
Schumpeter Saal, 1. OG

Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung und der mit ihr einhergehenden Ost-West-Migration auf die Arbeitsmärkte der EU-Staaten werden kontrovers diskutiert. Unter Beteiligung namhafter internationaler Experten legt das Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) hierzu in Kürze eine umfassende Untersuchung vor.

Eine Kernbotschaft der Analysen lautet: Von den, insgesamt bislang moderaten, Wanderungsbewegungen haben die Arbeitsmärkte profitiert, die sich frühzeitig für die Arbeitsmigration aus den neuen EU-Staaten geöffnet haben. Nachteile erfahren haben dagegen die Länder, die wie Deutschland die Freizügigkeit zunächst beschränkt haben. Allerdings gilt hierzulande seit 2009 das „Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz“, welches de facto volle Freizügigkeit für hochqualifizierte Bürger der neuen EU-Staaten gewährt und eine Kurskorrektur der deutschen Politik anzeigt.

Grund genug für ein aktuelles Berlin Lunchtime Meeting zu diesem Thema. Am 24. Juni 2009 wird zunächst Bundesarbeitsminister Olaf Scholz die inhaltliche Position der Bundesregierung darlegen und über die aktuellen gesetzlichen Bestimmungen informieren. Im Anschluss möchten die Herausgeber des neuen Buches „EU Labor Markets After Post-Enlargement Migration“, Martin Kahanec und Klaus F. Zimmermann, ihre Forschungsergebnisse präsentieren und mit Ihnen erörtern.

Veranstaltungssprachen sind Deutsch und Englisch.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme an dieser Veranstaltung und bitten Sie, Ihre **verbindliche Anmeldung** via e-mail an events@diw.de zu senden.

Einladung zum Tag der politischen Kommunikation am 25. Juni 2009

Besuchen Sie das DIW Berlin am „Tag der politischen Kommunikation“ am 25. Juni 2009 in Berlin.

Als eine von 50 Stationen aus Politik, Wirtschaft und Medien zeigen wir unseren Berufsalltag und stellen uns Ihren Fragen. Details finden Sie unter www.seitenspruenge-berlin.de

11 Uhr Gert G. Wagner

Politikberatung kompakt: Daten zu allen Lebenslagen

Seit 25 Jahren untersucht das Sozio-oekonomische Panel als Teil der deutschen Forschungsinfrastruktur das Leben in Deutschland. Jahr für Jahr lassen sich mit diesen Daten Zukunftstrends vorhersehen und Empfehlungen für aktuelle politische Fragen geben.

12 Uhr Dorothea Schäfer

Politikberatung kompakt: Bad Bank(s) für Deutschland

Bereits vor dem Beschluss der Bundesregierung hat das DIW Berlin ein Bad-Bank-Konzept vorgelegt. Wie sehen die Modelle im Detail aus, wie tauglich ist das Modell der Regierung im Lichte des DIW-Vorschlags? Führt die Bad Bank bereits aus der Krise?

14 Uhr Kurt Geppert

Politikberatung kompakt: Diagnose Berlin

Warum Berlin 20 Jahre nach der Einheit noch anderen deutschen und europäischen Metropolen wirtschaftlich hinterherhinkt und warum jetzt eine Trendwende in Sicht ist.

15 Uhr Joachim Becker

Über die Fachgrenzen hinaus: Führung durch die Kunst im DIW Berlin

Kunst und Ökonomie in Dialog bringen – das ist das Leitmotiv der Ausstellung, die wir in unserem Gebäude zeigen. Der Berliner Kurator Joachim Becker führt durch die zeitgenössischen Werke von internationalen Künstlern.

16 Uhr Florian Zinsmeister

Politikberatung kompakt: Apropos Schuldenbremse

Die Bundesregierung hat die Schuldenbremse auf den Weg ins Grundgesetz gebracht. Wie schlimm ist unsere Staatsverschuldung eigentlich? Bei wem hat Deutschland Schulden? Und welche Auswirkungen hat die neue Schuldenbremse auf zukünftige Generationen?

17 Uhr Alexander Kritikos

Politikberatung kompakt: Der Gesetzes-TÜV

Neue Gesetze befristen und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit prüfen: Die Ich-AG war so ein Pilotprojekt. Vom TÜV bekam sie gute Noten – und wurde dennoch wenig später abgeschafft. Über die (verpasste) Chance wissenschaftsgestützter Governance.

18 Uhr Ferdinand Pavel

Politikberatung kompakt: Investiert der Staat in die richtigen Branchen?

Sinnvoll oder Geldverschwendung – welchen Nutzen haben die Konjunkturpakete der Bundesregierung? DIW econ zeigt, wo der wahre Investitionsbedarf in Deutschland herrscht und wie ein zukunftsfähiges Konjunkturprogramm aussehen müsste.

Anna Lejpras

**Determinants of Internationalization:
Differences between Service and Manufacturing SMEs**

This paper empirically investigates the antecedents of internationalization of SMEs, focusing on differences between the manufacturing and service sectors. Specifically, employing a bivariate probit model based on survey data of approximately 3,900 East German firms, I analyze which firm-related and external factors affect a firm's decision to export and/or relocate production or other operations abroad. Generally, I find that SMEs from the manufacturing sector do more exporting than service firms. The results reveal that size, having main competitors located abroad, and introducing a novel product all are significantly positively related to the internationalization of SMEs regardless of industry affiliation. However, manufacturing firms in the high-tech sector are far more likely to be engaged in internationalization activity than are service firms, regardless of whether the latter are high-tech. Locational conditions and cooperation activities are generally less important for internationalization of service firms, too, compared to their manufacturing counterparts.

Discussion Paper Nr. 886

April 2009

Henning Lohmann

**Armut von Erwerbstätigen im europäischen Vergleich:
Eine Analyse unter Berücksichtigung des
Einkommensverteilungsprozesses**

In Europe, there are significant differences in the extent and in the structure of in-work poverty. Based on a comparison of 20 countries the present study analyses to what extent this is due to the differences in the institutional framework conditions of a given country. The analyses are based on micro data from the EU Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) of 2006 and macro data from different sources. The analyses distinguish between different steps in the process of income generation and redistribution. The starting point is the question whether a person's own income from work is sufficient to avoid poverty. Further steps regard the role of the household context (needs and further income) and the effect of state redistribution (taxes and transfers). This comprehensive perspective allows for a separation of labour market related and other influences on the risk of in-work poverty.

Discussion Paper Nr. 887

Mai 2009

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere/26927.html).

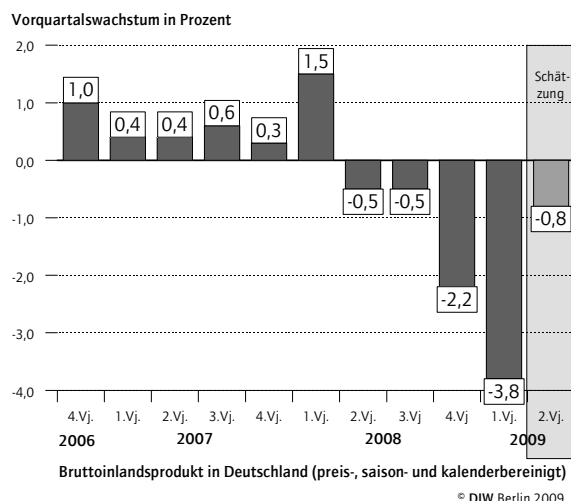
The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (www.diw.de/english/discussion_papers/32807.html).

Schwächerer, aber immer noch empfindlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal

Das DIW-Konjunkturbarometer signalisiert für das saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal einen weiteren Rückgang um 0,8 Prozent. Der Rückgang fällt damit etwas stärker aus als noch im Vormonat erwartet (-0,5 Prozent). Die Wirtschaftsleistung zwischen April und Juni wird demnach den Vorjahreswert um mehr als sieben Prozent unterschreiten. „Der freie Fall in der Industrie ist zwar gestoppt“, so DIW-Konjunktexperte Stefan Kooths, „allerdings war die Fallhöhe extrem groß. Produktion und Bestellungen sind auf einem Niveau aufgeschlagen, das zuletzt vor zehn Jahren beobachtet wurde.“

Für den Rückgang ist vor allem das Produzierende Gewerbe verantwortlich. Nach dem Absturz der Wertschöpfung um 13 Prozent zum Jahresauftakt wird für das laufende Quartal ein weiterer Rückgang um 2,8 Prozent erwartet. Die sich im Vormonat noch abzeichnende Stabilisierung der Produktion hat sich nicht erhärtet. Demgegenüber kann die Bauwirtschaft um 0,6 Prozent zulegen, die im Vorquartal nicht zuletzt auch witterungsbedingt noch einen Rückgang um 3,5 Prozent hinnehmen musste. Ein spürbarer Aufwind durch die konjunkturstützenden Investitionsmaßnahmen ist aber erst für die zweite Jahreshälfte zu erwarten. Der Wirtschaftsleistung im Bereich „Handel, Gaststätten und Verkehr“ – seit zwei Jahren im Gleichlauf mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – dürfte im laufenden Quartal um 0,7 Prozent nachgeben. Schwer abzuschätzen ist hierbei allerdings, wie die Abwrackprämie für Altfahrzeuge, die vorübergehend erhebliche Ausgabenumschichtungen der Verbraucher ausgelöst hat, per Saldo die Nachfrage nach Handels- und anderen konsumnahen Dienstleistungen im laufenden Quartal beeinflusst. Für die unternehmensnahen Dienstleistungen wird ebenfalls mit einem weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung gerechnet, allerdings dürfte sich der Vorquartalswert (Schrumpfung um 0,6 Prozent) in etwa halbieren. Dies wäre dann der vierte, wenn auch vergleichsweise moderate, Minuswert in Folge. Für die öffentlichen und privaten Dienstleistungen zeichnet sich für das Wachstum eine schwarze Null (Zuwachs um 0,1 Prozent) ab.

Auch wenn sich der beispiellose Absturz der wirtschaftlichen Aktivität aus dem Vorquartal nicht weiter fortsetzt, so ist doch der Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,8 Prozent gleichwohl beträchtlich – auf Jahresrate hochgerechnet entspricht dies einer Schrumpfung um über drei Prozent. Auch haben sich die Auftragseingänge der Industrie seit Jahresbeginn zwar stabilisieren können, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau. Die damit verbundene Kapazitätsunterauslastung hat derzeit zu erheblichen Produktivitätsreserven in den Unternehmen geführt. Sofern sich die Auftragslage nicht rasch und kräftig erholt, wovon derzeit nicht auszugehen ist, sind erhebliche Kapazitätsanpassungen und damit vor allem gesamtwirtschaftlich empfindliche Arbeitsplatzverluste unvermeidlich.



Impressum

DIW Berlin
 Mohrenstraße 58
 10117 Berlin
 Tel. +49-30-897 89-0
 Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
 (Präsident)
 Prof. Dr. Tilman Brück
 Dr. habil. Christian Dreger
 Prof. Dr. Claudia Kemfert
 Prof. Dr. Alexander Kritikos
 Prof. Dr. Viktor Steiner
 Prof. Dr. Gert G. Wagner
 Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Kurt Geppert
 Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
 PD Dr. Elke Holst
 Susanne Marcus
 Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
 Tel. +49 – 30 – 89789–249
 presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
 Postfach 7477649
 Offenburg
 leserservice@diw.de
 Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
 Reklamationen können nur innerhalb
 von vier Wochen nach Erscheinen des
 Wochenberichts angenommen werden;
 danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
 Einzelheft Euro 7,–
 (jeweils inkl. Mehrwertsteuer
 und Versandkosten)
 Abbestellungen von Abonnements
 spätestens 6 Wochen vor Jahresende
 ISSN 0012-1304
 Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
 auch auszugsweise – nur mit
 Quellenangabe und unter Zusendung
 eines Belegexemplars an die Stabs-
 abteilung Kommunikation des DIW
 Berlin (kundenservice@diw.de)
 zulässig.

Gedruckt auf
 100 Prozent Recyclingpapier.



In Wachstum investieren – unabhängig von der Staatsquote

von Tilman Brück*

Im Zuge der Wirtschaftskrise steigt die deutsche Staatsquote dramatisch an. Betrug sie 2008 nur 43,9 Prozent, so droht dieser Wert nach der aktuellen Prognose des DIW Berlin auf rund 48 Prozent im laufenden und im nächsten Jahr zu steigen; sie erreicht damit wieder das Niveau von 2002 und 2003. Andere Experten, etwa am IfW und – laut Spiegel – im Finanzministerium, fürchten sogar einen Anstieg auf über 50 Prozent.

Dafür gibt es zwei Gründe. Einerseits gibt die Bundesregierung in der Krise viel Geld für den Arbeitsmarkt aus. Andererseits schrumpft die Wirtschaft dramatisch. Damit steigt auch zwangsläufig der Anteil des Staates am verbleibenden Bruttosozialprodukt.

Aus technischen Gründen sind die Bürgschaften für Banken und Firmen in der Staatsquote gar nicht enthalten. Sie würden erst berücksichtigt, wenn der Staat zahlen müsste. Damit stellen die Rettungsprogramme der Bundesregierung lediglich ein Risiko für eine spätere, weitere Erhöhung der Staatsquote dar.

Dabei stellt sich die Frage: Ist eine hohe Staatsquote zwangsläufig schlecht für das Wachstum? Neben den Positionen, die gern deutlich weniger oder deutlich mehr Staat in der Wirtschaft sehen würden, gibt es noch eine dritte Perspektive.

Danach ist nicht die Menge der staatlichen Aktivitäten in der Wirtschaft entscheidend, sondern ihre Qualität. Die wirtschafts- und finanzpolitische Diskussion in Deutschland sollte viel mehr die Ausgabenstruktur beachten und relativ höhere Investitionsausgaben einfordern. Deutschland droht bei der Sicherung unseres Wettbewerbsvorteils in Bereichen wie Innovation, Forschung und Entwicklung international zurückzufallen. Egal ob der Staat oder die Wirtschaft es tut, wir sollten mehr investieren – auch in Zeiten mit einer konjunkturell bedingten hohen Staatsquote.

Wir sollten von den Amerikanern, aber auch von Schwellenländern wie China und anderen, lernen, dass es Staatsausgaben gibt, die Wachstum fördern und solche, die dies nicht tun. All zu lange haben wir es in Deutschland und Europa versäumt, unsere Staatsausgaben umzuschichten zu den wachstumsrelevanten Politikfeldern. Dies mag im Einzelfall, wenn Pfründe und Gewohnheiten aufgegeben werden müssen, politisch schmerzhaft sein. Aber es sollte auch für eine Regierung langfristig die erfolgreichere Strategie sein, Wachstum statt Stillstand zu finanzieren.

In Deutschland und in Europa allgemein hat sich die Diskussion zu lange an der ideologischen Frage nach der Größe des Staates festgeklammert. Jetzt bietet die Krise auch eine Chance. Unter dem harten Diktat der dramatisch leeren öffentlichen Kassen muss die Politik nun entscheiden, wofür sie zukünftig noch Gelder bereitstellen möchte – und wo weniger wachstumsrelevante Ausgaben endlich eingestellt werden können. Dies sind schwierige Aufgaben – aber auch eine Gelegenheit, Steuergelder zukünftig gezielter für Wachstum einzusetzen.

* Prof. Dr. Tilman Brück ist Leiter der Abteilung Weltwirtschaft des DIW Berlin.